

Ingrid Artus

---

## Der AEG-Streik in Nürnberg: fast ein Erfolg

Am Anfang sah es aus wie eine Werksschließung unter vielen anderen: Am 12. Dezember 2005 verkündete in Stockholm der Aufsichtsrat des weltweit größten Haushaltsgeräteherstellers Elektrolux die Schließung seines Werkes im nordbayerischen Nürnberg. Der Betrieb mit über 1.700 Beschäftigten produzierte bislang Waschmaschinen, Geschirrspüler und Trockner der deutschen Traditionsmarke AEG. Die Produktion sollte nach Polen und Italien verlagert werden, wo die Lohnkosten deutlich niedriger liegen. Was schon beschlossen schien, wurde durch die vehemente Gegenwehr der Beschäftigten vorübergehend wieder in Frage gestellt: 43 Tage Streik und erhebliche Umsatzausfälle zwangen die Unternehmensleitung zum Nachdenken über ein Kompromissangebot. Am Ende des Konflikts, der nicht nur die ganze mittelfränkische Industrieregion mobilisierte, sondern auch bundesweites und internationales Echo fand, standen dann aber doch „nur“ erhöhte finanzielle Abfindungen. Im Nachhinein scheint vieles erstaunlich an dem Konflikt: Wie kam es, dass Betriebsrat und IG Metall hier nicht – wie in so vielen anderen Fällen – die Unternehmensentscheidung als unvermeidlich hinnahmen und sich auf die Aushandlung eines Sozialplans konzentrierten, sondern dass sie sich zu einem Kampf um den Standorterhalt entschlossen? Wie gelang es, so viel Druck aufzubauen, dass es vorübergehend schien, ein nach shareholder-value-Kriterien funktionierender internationaler Konzern würde vielleicht doch noch seine Standortentscheidung überdenken? Warum wurde das Ziel des Arbeitsplatzerhalts dann letztlich doch nicht erreicht? Und schließlich: War der Streik bei AEG ein singuläres Ereignis oder deutet sich hier eine neue Konfliktualität industrieller Beziehungen an?<sup>1</sup>

---

1 Der folgende Beitrag ist eine überarbeitete Fassung des Textes „Vers la fermeture d'AEG: un drame industriel à l'ère de la mondialisation“, *Chronique Internationale de l'IRES*, no.99, mars 2006, p.45-54. Außer auf den am Ende angegebenen Quellen beruht er auch auf Gesprächen mit AEG-Beschäftigten sowie einem Vertreter der IG Metall Nürnberg, die am 6.3.2006 geführt wurden.

## Zur Chronologie der Ereignisse

Der Konflikt kam für die Nürnberger Beschäftigten alles andere als unerwartet. Alarmierend war bereits im Jahr 2004 die Nachricht, dass der Konzern zwei neue Werke in Polen bauen werde – eines für Waschmaschinen und eines für Geschirrspüler. Im Frühjahr 2005 kündigte der Konzern dann ein umfassendes Restrukturierungsprogramm an, in dessen Rahmen weltweit bis zu 14 Werke in sogenannten „Hochlohnländern“ geschlossen werden sollten. Dass es sich dabei auch um das Nürnberger Werk handeln könnte, wusste man auch in den Kreisen der IG Metall. Die Gewerkschaft bot dem Konzern deshalb bereits im Herbst 2005 einen Vertrag an, der der Kompromisslogik in ähnlichen Fällen glich (vgl. etwa bei Siemens Bocholt und Kamp-Lintfort oder DaimlerChrysler): massive Reduktion tariflicher Leistungen gegen zeitlich und quantitativ beschränkte Beschäftigungssicherung. Im konkreten Fall ging das Angebot von u.a. einer Arbeitszeitverlängerung um 5 Stunden ohne Lohnausgleich bis an die Grenze der Verzichtsbereitschaft der Beschäftigten. Die Gewerkschaft wäre bereit gewesen, ein Drittel der Arbeitsplätze zu opfern für eine Absicherung der übrigen bis zum Jahr 2010. Zugleich fanden schon im Herbst mehrere Belegschaftsmobilisierungen statt: ein 24-stündiger Warnstreik und eine starke Teilnahme am europaweiten Aktionstag gegen die Restrukturierungspläne des Konzerns. Die Belegschaft wusste, dass der Standort schwarze Zahlen schrieb, und man hoffte, mit einer Mischung aus Bescheidenheit und Druck, wenigstens einen Teil der Produktion in Nürnberg erhalten zu können. Die Nachricht im Dezember, dass der Aufsichtsrat dennoch die Werksschließung beschlossen hatte, führte zum spontanen Streik der Frühschicht. In der darauf folgenden Betriebsversammlung kam es zu tumultartigen Szenen. Auch in der Folgezeit nahmen mehrere Kundgebungen und Betriebsversammlungen das Ausmaß von wilden Streiks an; der Krankenstand schnellte in die Höhe; es kam vereinzelt zu sabotageähnlichen Aktionen. Entscheidend für die weitere Entwicklung war dann, dass die IG Metall und der Betriebsrat sich entschlossen, sich an die Spitze des Aufruhrs' zu begeben. Statt einen Sozialplan zwischen Management und Betriebsrat zu verhandeln, wurden Forderungen für einen *Sozialtarifvertrag* aufgestellt – eine relativ neue tarifpolitische Strategie, mit der es der bayerischen IG Metall kurz zuvor gelungen war, nach einem einwöchigen Streik in der Münchner Chipfabrik Infineon die ursprünglich angebotene Abfindungssumme nahezu zu verdreifachen. Die Auseinandersetzungen werden damit von der Betriebs- auf die Verbandsebene gehoben. Das heißt: Anders als für einen Sozialplan, kann man für einen Sozialtarifvertrag streiken. Wie legal ein solches Vorgehen tatsächlich ist, wurde bislang nicht eindeutig geklärt und wird möglicherweise in Zukunft vom Bundesarbeitsgericht oder sogar vom Bundesverfassungsgericht entschieden werden. Die Kapitalseite versuchte in der Vergangenheit bereits in mehreren Gerichtsverfahren

ein solches Vorgehen der Gewerkschaften für illegal erklären zu lassen – bislang jedoch ohne Erfolg (vgl. Seith 2006).

Im Fall AEG legte die IG Metall der Geschäftsführung einen Maximalkatalog von Forderungen vor: Jeder Beschäftigte sollte pro Jahr Betriebszugehörigkeit eine Abfindung von drei Bruttomonatsgehältern netto erhalten (im Bundesdurchschnitt wird etwa ein halbes Monatsgehalt pro Jahr gezahlt). Es sollte zudem eine Beschäftigungsgesellschaft gegründet werden, die die Möglichkeit der Weiterbeschäftigung und -qualifizierung zum bisherigen Entgelt bis Ende 2010 gewährleistet. Für ältere Beschäftigte wurde eine großzügige Übergangslösung bis zum frühest möglichen Rentenbeginn gefordert. Hintergrund der Forderungen sind vor allem zwei Aspekte: Erstens handelt es sich bei einem Großteil der AEG-Beschäftigten um eher niedrig qualifizierte Angeleernte, häufig mit Migrationshintergrund und teilweise langer Betriebszugehörigkeit. Diese haben auf dem angespannten Nürnberger Arbeitsmarkt kaum Aussichten eine neue Arbeitsstelle zu finden. Nach den Hartz-Reformen und der Einführung des ALG II ist für sie das Absinken in Armut nur durch vergleichsweise langfristige und umfassende Maßnahmen zu verhindern. Zum anderen ist ein Streik gegen eine Betriebsschließung nach deutscher Gesetzgebung nicht möglich, da dies in den Bereich „unternehmerischer Entscheidung“ fällt. Um diese legale Beschränkung des Streikrechts zu umgehen, sollten die Forderungen so hoch liegen, dass sie die Schließung des Standortes unrentabel erscheinen ließen. Der programmierte Konflikt bewegte sich damit von Anfang an in einem paradoxen Spannungsverhältnis: Durch einen Kampf für Abfindungen sollte der Standorterhalt erreicht werden. Die Argumentation der IG Metall changierte dementsprechend permanent zwischen dem „offiziellen“ Ziel von Abfindungsforderungen und einer inhaltlich orientierten Kritik der Profitlogik des Konzerns. Für die Belegschaft war das Ziel hingegen eindeutig: Ihr ging es nicht um Abfindungen, sie kämpfte um den Erhalt des (profitablen) Werkes, den Erhalt der Arbeitsplätze.

Anfang Januar fanden zwei Verhandlungsrunden sowie einige Warnstreiks statt. Als die Arbeitgeberseite auch beim zweiten Treffen kein konkretes Angebot vorlegte, brach die IG Metall die Verhandlungen ab und leitete die Vorbereitungen zur Urabstimmung ein. Die Zustimmungquote von 96,3% für den Streik bedeutete für die IG Metall das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Am 20. Januar begann der unbefristete Streik. Dieser wurde eine Woche später auf zwei Logistikeinheiten ausgeweitet, die AEG vor kurzem ausgegliedert hatte, um sie vom Tarifbereich der Metall- und Elektroindustrie in den des Groß- und Einzelhandels überführen zu können. Die Folge wären Entgeltkürzungen für die Beschäftigten um bis zu 45% gewesen. Durch den Streik gegen die Neueingruppierungen wurden die beiden wichtigsten AEG-Lager blockiert und die internationale Auslieferung von Zehntausenden von Waschmaschinen und Geschirrspülern verhindert. Parallel zum Streikbeginn rief außerdem das Sozi-

alforum Nürnberg zu einem Boykott von Elektrolux-Erzeugnissen auf – eine Forderung, mit der sich die IG Metall zunächst nicht recht identifizieren mochte, die sie allerdings nach und nach als faktisch effiziente Form der Streikunterstützung akzeptierte. Die mögliche Ausweitung des Streiks auf eine weitere Niederlassung von AEG in Rothenburg unterließ die IG Metall jedoch, obwohl oder weil die Zustimmung der dortigen Beschäftigten zum Streik (nur) knapp über dem nötigen Quorum von 75% lag.

Die lokale, nationale und teilweise sogar internationale Unterstützung des Streiks war immens. Bekannte Politiker, wie etwa Oskar Lafontaine oder der SPD-Arbeitsminister Müntefering statteten den Streikenden Besuche ab. Die Unterstützer reichten von linksradikalen autonomen Gruppen bis zum CSU-Bundeswirtschaftsminister Michael Glos. Über 3.000 Beschäftigte deutscher Hausgerätehersteller (also aus Konkurrenzunternehmen) sowie viele Nürnberger BürgerInnen solidarisierten sich am 7. Februar auf einer Solidaritätsdemonstration. Pfarrer ließen Streikglocken läuten; im Streikzelt vor den verbarrikadierten Werkstoren trat nicht nur Konstantin Wecker auf; es gab fast täglich Musik- und Kulturprogramme solidarischer KünstlerInnen. Die Belegschaften anderer Betriebe schickten Spenden; regionale Kinderhorte malten Bilder zum Streik. Die lokale Presse berichtete über Lastwagenladungen an Brennholz, Kleidung und Lebensmitteln ortsansässiger Unternehmer für die Streikposten; sogar die *Bild*-Zeitung beschimpfte den Elektrolux-Chef Hans Straberg als Lügner. Nürnberger TaxifahrerInnen organisierten einen Autokorso; BewohnerInnen, Läden und politische Gruppen des umliegenden Stadtteils führten eine eigene Solidaritätsdemonstration durch; die Fans des in der Bundesliga spielenden 1. FC Nürnberg solidarisierten sich durch Sprechchöre und Transparente im Stadion; es kamen Solidaritätsschreiben aus ganz Europa.

Angesichts des eskalierenden Konflikts schaltete sich die Konzernleitung in Schweden ein. Eine Vermittlerrolle übernahmen auch mehrfach Politiker der CSU. Doch das Anfang Februar vom Konzern unterbreitete Angebot betrug nur etwa ein Viertel des Forderungsvolumens der IG Metall: Abfindungen in Höhe von 70 % eines Monatsgehalts pro Beschäftigungsjahr; Gründung einer auf 12 Monate befristeten Beschäftigungsgesellschaft. Die Gewerkschaft lehnte das Angebot als völlig unzureichend ab. Danach schienen die Verhandlungen wochenlang festgefahren. Der Konzern zeigte sich unnachgiebig, verlagerte einen Teil der Produktion in italienische und polnische Werke und drohte mit einer Vorverlegung der Werksschließung auf Ende 2006. Aber der Streik und auch der Konsumboykott zeigten Wirkung: Angesichts von Lieferengpässen begannen einige Großkunden damit, ihre Aufträge zu stornieren. Der Umsatz von AEG-Produkten in Deutschland ging in den ersten beiden Monaten des Jahres 2006 um 46% zurück – wegen blockierter Lieferungen, weil VerbraucherInnen fürchteten in Zukunft keine Ersatzteile mehr zu erhalten oder aufgrund eines bewussten Boykotts von Elektroluxprodukten. Ende Februar kam es

dann nach einem nächtlichen Verhandlungsmarathon zu einem überraschenden Kompromiss. Dieser sieht als Abfindung 1,8 Bruttomonatsgehälter für jedes Jahr der Betriebszugehörigkeit vor. Die vorgesehene Regelung zur Frührentenversicherung gilt nur für Beschäftigte ab dem 53. Lebensjahr und mit mindestens 23-jähriger Betriebszugehörigkeit. Die Beschäftigungsgesellschaft wird nur ein Jahr lang existieren und die dort Beschäftigten werden lediglich das 'übliche' Entgelt von rund 70 Prozent ihrer letzten Bezüge erhalten. Alles in allem: Die Abfindungszahlungen liegen ausgesprochen hoch; die Dauer der Absicherung gegen Arbeitslosigkeit überschreitet jedoch nicht die für deutsche Verhältnisse „normale“ Dauer von einem Jahr in einer Beschäftigungsgesellschaft. Die Regelung zur Alterssicherung gilt nur für einen sehr kleinen Teil der Belegschaft. Und im Jahr 2007 wird der AEG-Standort Nürnberg geschlossen. Die IG Metall und der Betriebsrat begründeten ihre Bereitschaft zu dem Kompromiss damit, dass für einen Erhalt der Arbeitsplätze „die politischen und rechtlichen Voraussetzungen in Deutschland fehlen“ (Presseerklärung der IG Metall). Die Beschäftigten nahmen das Ergebnis nicht euphorisch auf, sie zeigten sich eher geschockt vom damit besiegelten Ende des Werkes. Nach Überzeugungsarbeit durch den Betriebsrat und die IG Metall stimmten sie letztlich mit einer deutlichen Mehrheit von 81% zu – wobei jedoch ein beträchtlicher Teil der Belegschaft der Abstimmung fern blieb. Der Streik endete am 7. März nach fast sechs Wochen. Vor kurzem haben die ersten Beschäftigten ihre Kündigungsschreiben erhalten.

Am Anfang sah es aus wie eine Werksschließung unter vielen anderen. Dann entwickelte sich der AEG-Streik zu einer „Auseinandersetzung, die in ihrer Dimension durchaus mit dem Kampf um das Krupp-Stahlwerk in Rheinhausen 1982 vergleichbar war. Wie damals mobilisiert der Streik eine ganze Region – Politiker, Pfarrer, Verbände. Und wie damals Krupp galt das Management von Elektrolux als Symbol für einen herzlosen Kapitalismus, der aus reiner Profitgier Arbeitsplätze zu Tausenden vernichtet“ (*Süddeutsche Zeitung*, 24. Januar 2006).

### Zur *shareholder-value*-Politik von Elektrolux

Das Nürnberger AEG-Werk ist erst im Jahr 1994 vom schwedischen Konzern Elektrolux übernommen worden. Bereits im Laufe der 70er und 80er Jahre gab es in Europa bei den Herstellern von elektrischen Haushaltsgeräten einen massiven Konzentrationsprozess, den kein unabhängiger englischer, französischer oder spanischer Produzent überlebte. In den 90er Jahren verzeichnete diese Branche u.a. durch die Entwicklung neuer Produktionsmethoden hohe Produktivitätszuwächse. Diesen stand jedoch eine stagnierende und teilweise rückläufige Nachfrage in den industrialisierten Ländern gegenüber. Etwa seit 2000 kam es zudem zu einem massiven Preisverfall im Zuge des Aufstiegs von

großen Discountmärkten für Elektroartikel. Asiatische Billiganbieter machten den europäischen Traditionsmarken zunehmend Konkurrenz. Bei fast identischen Verkaufszahlen sank der Umsatz mit Waschmaschinen in Deutschland von 1,7 Mrd. Euro im Jahr 2000 auf ca. 1,3 Mrd. Euro im Jahr 2005. Obwohl der Lohnkostenanteil in der hochautomatisierten und -standardisierten Massenproduktion inzwischen einen reduzierten Stellenwert besitzt und das Gros der Produktionskosten für die Rohstoffe anfällt, ist die Branche von massiven Verlagerungstendenzen v.a. in osteuropäische Länder und die Türkei gekennzeichnet. Seit 1995 ist die Zahl der Beschäftigten in Deutschland um ein Drittel geschrumpft. Aktuell existieren noch gut 45.000 Arbeitsplätze. Den einschlägigen Unternehmen geht es dabei wirtschaftlich meist gut: Die deutsche Konkurrenzfirma Bauknecht (die zum Konzern Whirlpool gehört, dem Hauptkonkurrenten von Elektrolux auf dem Weltmarkt), konnte ihren Gewinn zuletzt um 70% steigern. Aber auch AEG und der Mutterkonzern Elektrolux schreiben permanent schwarze Zahlen.

Elektrolux ist mit 72.000 MitarbeiterInnen an 43 Standorten der weltweit größte Produktionskonzern der so genannten 'weißen Ware'. Hauptaktionär ist die Familie Wallenberg, die reichste Familie Schwedens. Elektrolux erwarb bereits 1976 das französische Unternehmen Arthur Martin. Es folgten in den 80er Jahren u.a. die italienische Firma Zanussi, ein Teil der deutschen Firma Zanker sowie die Firma Buderus. Erst die Übernahme der Traditionsfirma AEG im Jahr 1994 sicherte Elektrolux jedoch endgültig jenes prestigeträchtige Label, auf das auch die Nürnberger Beschäftigten ihre Zukunftshoffnungen gesetzt hatten: Made in Germany. Dem Expansionsprozess folgte bereits 1997 eine einschneidende Restrukturierung. Der damals neu eingesetzte Elektrolux-Unternehmenschef Michael Treschow erwarb sich den Beinamen „der Schlachter“, als er Mitte Juli 1997 den Abbau von 12.000 Beschäftigten und 25 Produktionsstandorten verkündete. Als Hauptbegründung wurde der verstärkte internationale Wettbewerbsdruck sowie die zu niedrige Eigenkapitalrendite von nur 6 bis 7 Prozent statt anvisierter 15 Prozent genannt. Trotz Versuchen gewerkschaftlicher Koordinierung insbesondere im Rahmen des Europäischen Elektrolux-Betriebsrats gelang es nicht, eine einheitliche Strategie der Gegenwehr gegen das Restrukturierungskonzept zu organisieren. Es kam vielmehr zu einer Logik der „internationalen Versteigerung“, in deren Rahmen die länderspezifischen Interessenvertretungen, teilweise unter Einbeziehung der nationalen Politik und auf Kosten der anderen Standorte, versuchten zu retten, was zu retten war (vgl. Cattero 1999). Im Nürnberger Stammwerk der AEG wurden damals innerhalb von sechs Monaten 1.500 der 4.000 Beschäftigten entlassen - was genau der ursprünglichen Unternehmensplanung entsprach. Der Aktienkurs stieg im Jahr 1998 um 27%. Die Ereignisse von 1997 und 2005 gleichen sich. Erneut verkündete der Konzern ein weltweites Restrukturierungskonzept - diesmal mit dem Ziel insgesamt eine Milliarde Euro

einzusparen. Dass der Konzern das Angebot der Nürnberger Beschäftigten ausschlug, ohne Lohnausgleich fünf Stunden länger zu arbeiten, begründete der Elektroluxchef Hans Straberg damit, dass „eine Senkung der Lohnkosten von zehn oder zwanzig Prozent langfristig nicht ausreichend sei.“ In der Presse findet sich hierzu der Kommentar: „Die angeblich vorbehaltlose Überprüfung des Standortes glich in ihrem Ablauf eher der Vollstreckung eines längst gefällten Todesurteils“ (*Süddeutsche Zeitung*). Der Kurs der Elektrolux-Aktie stieg nach Bekanntgabe der Entscheidung über die Schließung des Nürnberger Werkes um 0,25 Prozent. Am 14. Februar 2006 veröffentlichte der Konzern seine Unternehmensbilanz des Jahres 2005: Nach 3,25 Mrd. Euro Gewinn im Jahr 2004, weist diese einen Rückgang auf 1,76 Mrd. Gewinn für das Jahr 2005 aus. Dies liegt v.a. daran, dass die Kosten für die Schließung des Nürnberger Werks bereits in die Unternehmensbilanz einkalkuliert wurden. Sieht man von diesen ab, „hat der schwedische Konzern nach Ansicht von Analysten ein hervorragendes Quartal hingelegt“ (*Handelsblatt* 15.2.06). Die Elektroluxaktie stieg zwischenzeitlich daher um 4 Prozent an. Dazu trug auch die angekündigte Dividendenausschüttung von 2,2 Mrd. Kronen bei, was in etwa dem Betrag entspricht, der für die Schließung des Nürnberger Werks einkalkuliert wurde. Elektrolux geht davon aus, dass die Schließungskosten trotz des relativ ‘teuren’ Sozialtarifvertrags im Rahmen der ursprünglich kalkulierten 240 Millionen Euro liegen werden. Im Jahr zuvor hatte die AEG Nürnberg noch etwa das Doppelte dieser Summe an Gewinn an Elektrolux überwiesen.

### Zur Solidarisierungsfähigkeit des Streiks

Die ungewöhnliche Dimension des Konflikts im Nürnberger AEG-Werk lässt sich nicht nur unter Hinweis auf die rigide *shareholder-value*-Politik des schwedischen Konzerns verstehen, sondern verlangt zugleich eine Berücksichtigung des regionalen Kontextes sowie der historischen Bedeutung der Marke „AEG“ als Label deutscher Qualitätsproduktion. Nürnberg hatte sich seit Anfang des 20. Jahrhunderts zu einem Zentrum der deutschen Metall- und Elektroindustrie entwickelt. Nicht nur AEG, auch Siemens, MAN, Diehl, Grundig, Bosch, Alcan, Triumph Adler, Hercules u.v.a. waren hier mit großen Produktionsstandorten vertreten. Der massive Arbeitsplatzabbau in dieser Branche bedeutete für Nürnberg eine regionale Beschäftigungskrise. In den letzten 15 Jahren gingen rund 60% der Industriearbeitsplätze verloren. Allein in den vergangenen fünf Jahren schlossen der Bahnhersteller Adtranz, der Turbinenproduzenten ABB Alsthom, der Spraydosen-Hersteller Cebal sowie die Fernsehproduktion von Grundig die Werkstore. Das AEG-Werk war das letzte noch existierende „klassische“ größere Produktionswerk. Und es ist kein Ende in Sicht: Auch bei der großen Versandhandelsfirma Quelle, die dem AEG-Werk genau gegenüberliegt, sind aktuell 1.000 Arbeitsplätze bedroht. Auch hier

werden von den Entlassungen vor allem niedrig qualifizierte Beschäftigte betroffen sein, für die es schon ein Glücksfall sein dürfte, wenn sie einen neuen Arbeitsplatz als LeiharbeiterInnen finden. Für die älteren unter ihnen ist Langzeitarbeitslosigkeit programmiert. Der Kampf um den Erhalt des Nürnberger Werkes war daher auch ein symbolischer Kampf gegen den Niedergang einer ganzen Industrieregion. Er war auch deshalb so solidarisierungsfähig, weil viele NürnbergerInnen die Angst der AEG-Beschäftigten vor Arbeitslosigkeit und Armut unmittelbar teilen.

Das AEG-Werk, in dem in Spitzenzeiten ehemals bis zu 6.000 ArbeiterInnen in Lohn und Brot standen, besitzt zudem eine Symbolbedeutung, die weit über die fränkische Industrieregion hinausgeht. Die in Nürnberg produzierten Waschmaschinen waren ehemals der Verkaufsschlager des AEG-Konzerns; ihre Verbreitung in immer mehr bundesdeutschen Haushalten versinnbildlichte für viele BundesbürgerInnen die Teilnahme am „deutschen Wirtschaftswunder“ und die Verbesserung des eigenen Lebensstandards. Das Label AEG steht für die Identität von deutscher Qualitätsproduktion, fordistischem Massenkonsum und Wirtschaftswachstum. Der Konkurs von AEG im Jahr 1994 und die Übernahme der Hausgerätesparte durch den schwedischen Konzern Elektrolux rief schon damals heftige Reaktionen in der Presse hervor. Es war vom Ausverkauf der deutschen Wirtschaft die Rede; die Übernahme galt als Anfang des Endes deutscher Qualitätsproduktion. Der Fall AEG ist also auch deshalb so symbolisch aufgeladen, weil hier – zumindest in der Wahrnehmung vieler Menschen – ein deutsches Traditionsunternehmen ins Ausland verlagert wird, deutsche Qualitätsproduktion durch ausländische Billigware ersetzt und deutsche Arbeitsplätze nach Polen verlagert werden. Die ungewöhnliche Breite der Solidarisierung ist dementsprechend zumindest teilweise auch nationalen bis nationalistischen Komponenten geschuldet. So tauchte auch die inzwischen weit verbreitete Heuschreckensymbolik wiederholt in Bezug auf AEG auf. Diese ist bekanntlich nicht frei von nationalistischen Untertönen, nach dem Motto: Das ausländische finanzgetriebene Kapital fällt gierig über die deutschen Qualitätsunternehmen her – so als ob deutsche Unternehmen jenseits von *shareholder-value*-Motiven oder gar Profitorientierung funktionieren würden. Die IG Metall muss sich zumindest den Vorwurf gefallen lassen, dass sie mit ihrem Slogan „AEG ist Deutschland“ (der offenbar von einem beauftragten Werbebüro erdacht wurde) auf der Nürnberger Streikdemonstration Anfang Februar solchen Tendenzen faktisch Vorschub geleistet hat. Nach massiver Kritik tauschte man die Parolen auf den Plakaten der AEG-Delegation anlässlich der internationalen Demonstration gegen die Bolkestein-Richtlinie in Straßburg gegen unverfänglichere Slogans aus.

Die erstaunliche Mobilisierungsfähigkeit hängt weiterhin mit einer soliden gewerkschaftlichen Verankerung und langjähriger Kampferfahrung der Belegschaft zusammen. Im AEG-Werk ergänzte sich die Konfliktfähigkeit einer



Vielzahl un- und angelernter, häufig migrantischer Beschäftigter mit einer jahrzehntelangen Gewerkschaftstradition (nicht nur) unter den (meist deutschen) Facharbeitern. Der Betrieb besitzt einen gut organisierten Vertrauenskörper und ist traditionell ein Warnstreikbetrieb der regionalen IG Metall – so auch unlängst wieder im März 2006. Die Intervention des Nürnberger Sozialforums sowie diverser linksradikaler Gruppen (autonome Gruppen, DKP, MLPD) radikalisierten die Auseinandersetzung zusätzlich. Von Bedeutung war jedoch auch das ausgesprochen „unprofessionelle Abwicklungsmanagement“ des Konzerns – so die Einschätzung eines Nürnberger IG Metallfunktionärs. Man kann auch von einer Arroganz der Mächtigen sprechen, die es nicht mehr gewöhnt sind, dass ihren Interessen ernsthaft Steine in den Weg gelegt werden. Anders ist es kaum zu erklären, dass man sich nicht einmal die Mühe eines allmählichen, ‘scheibchenweisen’ Belegschaftsabbaus machte; der schwedische Konzern kümmerte sich auch nicht um eine politische Einbettung seines Vorgehens, d.h. um Kontakte zu regionalen oder nationalen Entscheidungsträgern in der Politik. Die Belegschaft und auch die regionale IG Metall waren seit Monaten vorgewarnt, dass ein solcher Konflikt auf sie zukommen könnte. Man hatte Zeit, um sich vorzubereiten. Und im entscheidenden Moment provozierte der Konzern noch zusätzlich durch die Ausgliederung und Umgruppierung seiner Logistikbereiche. Die Elektrolux-Konzernleitung hat die Kampfstärke der Nürnberger Beschäftigten und wohl auch den Kampfeswillen der regionalen IG Metall eindeutig unterschätzt. „Das Industrieschauspiel muss endlich aufhören“, forderte der für die europäischen Elektrolux-Produktionsstandorte zuständige Manager nach zwölf Streiktagen – und zielte dabei nicht nur auf einen vermeintlich sinnlosen Widerstand gegen marktgetriebene Globalisierungsprozesse; seine Äußerung zeigt auch die Indignation angesichts eines Modus der Konfliktaustragung, der in Zeiten der Deindustrialisierung und des gewerkschaftlichen Mitgliederschwundes selten geworden ist. Das „Industrieschauspiel“ sollte jedoch noch weitere vier Wochen andauern und zu einem Lehrbeispiel dafür werden, welche Kampfkraft eine ‘in fordistischen Zeiten’ gewachsene Belegschaftskonstellation angesichts der ‘postfordistischen’ Konstellation eines Kampfes gegen neoliberale Globalisierungspolitik entwickeln kann.

Viele Faktoren haben also dazu beigetragen, dass der Konflikt um die Schließung des Nürnberger AEG-Werkes eine ungewöhnliche Dimension annahm. Das wichtigste Moment ist jedoch vermutlich die Tatsache, dass die Streikenden eine prinzipielle Auseinandersetzung, eine moralische Auseinandersetzung führten: Es ging nicht um die Höhe von Abfindungen, sondern um die Frage der Legitimität von Entlassungen aus Gründen der Profitmaximierung. Sowohl Elektrolux als auch das Nürnberger Werk „schreiben schwarze Zahlen, nur sind sie denen nicht schwarz genug“ – so etwa der Betriebsratsvorsitzende Harald Dix. Auf der einen Seite des Konflikts standen Beschäftigte mit langer Be-

triebszugehörigkeit, geringem sozialem und kulturellem Kapital und sehr konkreten Existenzängsten, die ihren Willen auch zu schmerzhaften Zugeständnissen bewiesen hatten – auf der anderen Seite ein multinationaler Konzern mit Rekordgewinnen, der v.a. der Logik der Aktienmärkte folgte. Im Zentrum der Empörung stand daher die vermeintlich besonders ausgeprägte „Profitgier“ der „Heuschrecken“ von Elektrolux. Die Solidarisierungsfähigkeit des AEG-Konflikts verweist damit auch auf das verbreitete Unbehagen und die Zunahme von Existenzängsten in breiten Teilen der Bevölkerung – sowohl angesichts jener scheinbar unvermeidbaren Entwicklung, die gemeinhin mit dem Label ‘Globalisierung’ belegt wird, als auch angesichts bereits erfolgter oder angekündigter Einschnitte im Netz sozialer Sicherung. Dabei war die Stimmungslage in ihrer Diffusität durchaus vergleichbar mit dem Amalgam verschiedener Strömungen, die in Frankreich zum „Nein“ bei der Volksabstimmung über die EU-Verfassung führten. Die (von Elektrolux dementierte) Information, wonach Elektrolux für den Aufbau eines seiner beiden neuen polnischen Werke sogar EU-Förderung erhalten habe, war sicherlich nicht geeignet, das Vertrauen in die Regulierungsfähigkeit der politischen Akteure zu verstärken. Der bayerische Ministerpräsident Stoiber begründete sein Vermittlungengagement im Fall AEG daher nicht zufällig mit dem Hinweis: „Es geht mir um die Akzeptanz unserer Wirtschaftsordnung bei den Menschen“.

### 43 Tage Streik: Was bleibt?

Zunächst einmal sehr gemischte Gefühle. Die gezahlten Abfindungen sind das beste Ergebnis, das die IG Metall jemals in einem solchen Fall erzielt hat. Die bei Infineon München erst kurz zuvor aufgestellte ‘Rekordmarke’ von 1,3 Monatsgehältern pro Beschäftigtenjahr wurde noch deutlich überboten. Ursprünglich diskutierte Forderungen, die eine längerfristige Absicherung der Beschäftigten gegen Arbeitslosigkeit zum Ziel hatten, wurden jedoch ad acta gelegt. Und vor allem: Das Ende des Werkes und der Arbeitsplätze ist damit besiegelt. Der Konzern hat das endgültige ‘Aus’ für den Standort inzwischen noch um ein halbes Jahr auf Mitte 2007 vorverlegt. Die Beschäftigten sind im Nachhinein zwar stolz darauf, dass es eine kollektive und schlagkräftige Gegenwehr gab. Man legt Wert darauf, eine Art ‘würdigen Tod’ des Werkes erkämpft zu haben. Aber es herrscht auch das Gefühl, gut gekämpft und trotzdem verloren zu haben. Es bleibt dabei, der Standort stirbt. Wäre es möglich gewesen, ihn zu retten?

Ausschlaggebend für das Ende und den Ausgang des Konflikts war die Entscheidung der IG Metall, der Werksschließung im Austausch für hohe Abfindungszahlungen letztendlich doch zuzustimmen. Hätte sie dies nicht getan, wäre der Streik in der Folgezeit in eine neue Phase der Radikalisierung eingetreten. Der Kompromiss erfolgte nicht zufällig nahezu exakt nach sechs Wo-

chen Streik – dem Zeitraum, in dem das Fernbleiben der Beschäftigten von ihrer Arbeit im Rahmen „einfacher“ Krankmeldungen vergleichsweise unproblematisch zu organisieren war. Ein guter Teil der (gewerkschaftlich organisierten oder auch nicht organisierten) AEG-Beschäftigten hatte individuell diesen Weg der Solidarisierung mit dem Streik gewählt. Wie ihre Haltung in den folgenden Wochen gewesen wäre, war für die IG Metall offenbar unkalkulierbar. Und: Der Kompromiss erfolgte zu einem Zeitpunkt, zu dem der Streik zu einem ernsthaften Problem für den Produktionsablauf zu werden drohte. Das Fehlen von Zulieferteilen aus dem Nürnberger Werk hätte in den Folgewochen vermutlich die Produktion in Polen massiv beeinträchtigt. Es liegt nahe, dass sich in diesem Fall auch die Repressionspolitik des Konzerns verschärft hätte. Die IG Metall hat es vorgezogen, diese Radikalisierung der Auseinandersetzung zu vermeiden. Ihr Verdienst ist es, die kollektive Einheit der Streikenden gewahrt zu haben – man ist versucht boshaft hinzuzufügen: unter Aufgabe des ursprünglichen Streikziels.

Aus organisationspolitischer Sicht hat die IG Metall vernünftig gehandelt. Es war ohnehin bemerkenswert, dass die örtliche Verwaltungsstelle nach dem Scheitern des einseitigen Einsparungsangebotes im Herbst 2005 und dem Bekanntwerden des Schließungsbeschlusses die Konflikteskalation geradezu vorantrieb. Ob dies daran lag, „dass selbst die IG Metall zum Teil von der Entschlossenheit der Belegschaft überrollt wurde“ (*Analyse und Kritik*, 17.02.06), ist schwer zu beurteilen, aber eher unwahrscheinlich. Sicherlich gab es eine vehemente ‘Trotzreaktion’ der Belegschaft gegen die Verlagerung ihrer Arbeitsplätze und die Schließung des profitabel wirtschaftenden Werkes; sicherlich war jedoch zugleich die IG Metall eine treibende und organisierende Kraft des Streiks. Die massive organisatorische Unterstützung durch die örtliche Verwaltungsstelle und das solidarische Handeln von Betriebsrat und IG Metall waren wichtig für die Geschlossenheit der Belegschaft und das Vertrauen darauf, den Streik gewinnen zu können. So war auch die Drohung der Streikführung, bei Nicht-Akzeptanz des ausgehandelten Kompromisses diese Unterstützungsrolle möglicherweise aufzugeben, ein entscheidender Faktor für die letztlich hohe Zustimmungssquote.

Wahrscheinlicher als die These einer ‘Überrumpelung’ der Gewerkschaft durch die Basis scheint, dass sich im Fall AEG eine neue gewerkschaftliche Strategie andeutet. Es handelt sich um den Versuch, offensiver als bisher als politischer Akteur den Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen aufzunehmen. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Verlagerungsdrohungen und Verlagerungsentscheidungen der Konzerne sowie die seit kurzem erheblich reduzierte sozialstaatliche Absicherung gegen Arbeitslosigkeit haben das Thema Beschäftigungssicherung inzwischen (nicht nur) in Deutschland zum dominanten Interesse der abhängig Beschäftigten werden lassen. Dieses rangiert laut gewerkschaftlicher Umfragen inzwischen an erster Stelle – noch vor dem Thema Ein-

kommenssicherung (Bispinck 2005). Gerade zur Sicherung dieses zentralen Interesses standen den Gewerkschaften jedoch bislang kaum offensive Mittel zur Verfügung – im Gegenteil. Die Unternehmenseite nutzte seit den 90er Jahren immer unverschämter die zunehmende internationale Flexibilität des Kapitals sowie ihr Dispositionsrecht über die Arbeitsplätze als Grundlage für ein ‘concession bargaining’ gegenüber Betriebsräten und Gewerkschaften. Erpresst durch das Argument der Arbeitsplatzverlagerung sahen diese sich selbst in Kernbereichen des Tarifsystems zur Durchlöcherung der Flächentarifverträge gezwungen, kooperierten *volens* beim Abschluss von Öffnungsklauseln auf tariflicher Ebene und von ‘Bündnissen für Arbeit’ auf betrieblicher Ebene (vgl. Artus 2001, Rehder 2003).

Die Gründung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften, zuerst in Ostdeutschland, inzwischen überall in der Bundesrepublik, machte die Gewerkschaften zwar in manchen Regionen zu wichtigen regionalpolitischen Akteuren. Dies war jedoch keineswegs ein Mittel gegen den gewerkschaftlichen Mitgliederschwund. Für viele (z.B. ostdeutsche) Beschäftigte erschienen die Gewerkschaften letztendlich eher als sozialverträgliche Abwicklungsmanager und sogar Mitverantwortliche des Belegschaftsabbaus, denn als glaubwürdige Verteidiger von Belegschaftsinteressen. Die neue Strategie, über den ‘legalen Umweg’ eines Sozialtarifvertrags zum Thema Abfindungen letztlich die Thematik des Arbeitsplatzerhalts streikfähig zu machen, könnte deshalb für die Zukunft eine erhebliche Sprengkraft besitzen, die das tarifpolitische Kräfteverhältnis möglicherweise neu austariert. Für die IG Metall ging es im Fall AEG jedenfalls in erster Linie darum, glaubwürdig und handlungsfähig als Verteidigerin von Arbeitsplatzinteressen aufzutreten – und am Ende erfolgreich zu sein. Dass dieser Erfolg letztlich in der quantitativen Höhe von Abfindungszahlungen gemessen wurde und nicht im qualitativen Arbeitsplatzerhalt entspricht der langjährigen Vertretungslinie der IG Metall: Qualitativ heterogene Beschäftigteninteressen werden über das Medium Geld kompromissfähig gemacht. Aber selbst in organisationspolitischer Perspektive lässt sich fragen: Entspricht diese Linie tatsächlich noch den primären Interessen der Mitglieder?

Noch ernüchternder fällt das Resümee im Hinblick auf allgemeinere politische Zielstellungen aus. In dieser Perspektive ist der AEG-Konflikt interessant, da er zeitlich mit verschiedenen anderen kleineren und größeren Konflikten zusammenfällt, die allesamt eine neue Brisanz der ‘sozialen Frage’ andeuten. Ob es nun der Streik bei Opel Bochum, bei Gate Gourmet oder im Öffentlichen Dienst ist: Seit einigen Jahren tauchen (wieder) an ungewöhnlichen Orten oder in ungewöhnlicher Form Arbeitskämpfe auf, die nicht so recht in das traditionelle Muster der bundesdeutschen Tarifpolitik hineinpassen. Insbesondere seit dem Abtritt der sozialdemokratisch-grünen Koalition finden diese Kämpfe verstärkt unter Einbeziehung oder sogar Führung der Gewerkschaften statt.

Nachdem diese lange Jahre geradezu starrsinnig an einem sozialpartnerschaftlichen Kompromiss festhielten, den die Gegenseite längst aufgekündigt hatte (vgl. Sablowski 2003), scheint sich allmählich die Einsicht durchzusetzen, dass die gewerkschaftliche Defensivposition nur durch einen Nachweis realer gewerkschaftlicher Kampfkraft zu überwinden ist. In allen aktuellen Fällen handelt es sich dabei um Abwehrkämpfe gegen allzu massive Angriffe auf materielle Besitzstände der abhängig Beschäftigten. Trotz dieses dezidiert defensiven Charakters der Konflikte deutet sich hier aber auch an, dass die Zustimmung der Beschäftigten zu einer immer weiteren Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen auf Dauer zumindest nicht selbstverständlich ist. Das ökonomische Argument der Verlagerung von Arbeitsplätzen greift sicherlich nach wie vor – aber gerade der Fall AEG zeigt das inzwischen ausgeprägte Unbehagen der Menschen angesichts anhaltender Erpressung durch das neoliberale Standortargument. Um es noch einmal zu betonen: Die große Solidarisierungskraft, die der Streik entfaltete, hatte ihren Kern darin, dass er prinzipielle Fragestellungen thematisierte, die aktuell immer mehr Menschen nicht nur in Deutschland, sondern in Europa bewegen. Es ging nicht darum, ob kapitalistische Mehrwertproduktion und das Eigentumsrecht an Produktionsmitteln grundsätzlich sinnvoll ist – aber sehr wohl darum, welches Maß an Ausbeutung in diesem Rahmen legitim ist. Es wurde zu keiner Zeit das Entscheidungsrecht der Elektrolux-Konzernleitung über das Nürnberger Werk in Frage gestellt – aber sehr wohl die unmittelbare Unterwerfung individueller Schicksale unter die Logik der Profitmaximierung. Die IG Metall nutzte bewusst diese moralische Empörung als Solidarisierungsressource für den Streik – aber sie verzichtete darauf deren verallgemeinernde Kraft in letzter Konsequenz zu entfalten.

Dabei waren durchaus Ansätze für die Konstruktion einer kollektiven Identität im Rahmen einer politischen Vernetzung und Internationalisierung der Gegenwehr vorhanden: Man solidarisierte sich z.B. mit dem Kampf der Kollegen bei Gate Gourmet, denen ein Teil der gut gefüllten AEG-Streikkasse übergeben wurde. Es wurde versucht, eine Koordinierung mit den anderen europäischen Werken von Elektrolux zu erreichen. Italienische Kollegen statteten dem Nürnberger Werk einen Besuch ab (und zeigten sich von der organisierten deutschen Streikkultur tief beeindruckt). Und selbst mit den polnischen Kollegen gelang es nach verschiedenen Anläufen, kollegiale Kontakte aufzubauen. Aber diese Ansätze blieben letztlich in den Kinderschuhen stecken. Anders als fast zeitgleich in der französischen Bewegung gegen den „*contrat première embauche*“ (die übrigens nicht in erster Linie von den Gewerkschaften, sondern von den betroffenen Jugendlichen getragen wurde) wurde die moralische Kraft des dezidierten und nicht verhandelbaren „Nein“ letztlich nicht politisch umgesetzt. Der Utopiespielraum, der sich durch die große regionalpolitische, mediale und internationale Solidarität vorübergehend eröffnet hatte,

wurde nicht genutzt. Im Nachhinein erscheint das Muster des AEG-Streiks wie die banale Logik im Fall vieler Tarifmobilisierungen: Man macht große Worte, läßt die Kampfparolen politisch auf – um am Ende ein paar Zehntelprozente mehr Lohn zu erhalten. Es wurde nicht gebrochen mit der 'bewährten' Logik der Monetarisierung qualitativer Forderungen – zugunsten einer sicher risiko-reicheren, an qualitativen Prämissen orientierten Gewerkschaftspolitik, die einen Schulterschluss mit anderen Kräften des sozialen Widerstands nötig, aber auch möglich gemacht hätte. Für einen solchen Kurs bräuchte es vielleicht andere Gewerkschaften – oder eine politische Bewegung, die unabhängiger von organisationspolitischen Zielstellungen ist. Wäre es möglich gewesen das Nürnberger Werk zu erhalten? Die Probe aufs Exempel wurde letztlich nicht gemacht.

## Literatur

- Artus, Ingrid (2001): *Krise des deutschen Tarifsystems. Die Erosion des Flächentarifvertrags in Ost und West*, Wiesbaden
- Bispinck, Reinhard (2005): Betriebsräte, Arbeitsbedingungen und Tarifpolitik, in: *WSI Mitteilungen* 6/2005, p. 301-307
- Cattero, Bruno (1999): Fallstudie Elektrolux-Zanussi. Vorläufige, unveröffentlichte Fassung, Frankfurt a.M.; in gekürzter Form abgedruckt in: Eberwein, W./Tholen, J./Schuster, J.; *Die Europäisierung der Arbeitsbeziehungen als politisch-sozialer Prozeß*, München/Mering, S. 133-154
- Rehder, Britta (2003): *Betriebliche Bündnisse für Arbeit in Deutschland. Mitbestimmung und Flächentarif im Wandel*, Frankfurt/New York
- Sablowski, Thomas (2004): Gewerkschaften am Scheideweg, in: *PROKLA* 137, 34.Jg., Nr.4, S. 635-641
- Seith, Anne (2006): Gewerkschaft macht die Beerdigung teuer, *spiegel online*, 10.Februar 2006, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,400194,00.html>